

Freihandel und Geldsozialismus

Im Zuge der Debatte über das mit der Wahl Donald Trumps vermutlich ohnehin gestorbene „Freihandelsabkommen“ TTIP, haben sich höchst merkwürdige Koalitionen gebildet. Sowohl weit links stehende Gruppierungen wie *Occupy Wallstreet* oder *Attac*, als auch nach nationaler Autarkie strebende rechte Kräfte waren oder sind dagegen.

Das ist insofern bemerkenswert, als von beiden Seiten kontrafaktisch unterstellt wird, bei TTIP handle es sich um eine Art finaler *Entfesselung des Raubtierkapitalismus* – wovon uns Marx, Engels und alle Schrebergärtner dieser Welt bewahren mögen. Indes ist jedem, der um die Funktionsweise von Märkten weiß klar, dass Freihandel keinerlei staatlicher Regelung bedarf. Freihandel in seiner reinsten Wortbedeutung funktioniert so: Herr oder Firma A in Land X liefert an Herrn oder Firma B in Land Y, die offene Rechnung wird in der vereinbarten Währung bezahlt und das war's. Die Art und Weise der Abwicklung des Geschäfts, kurzum Details aller Art, werden zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt. Dazu braucht es weder Minister noch Bürokraten. Was derartige Transaktionen also Regierungen oder Behörden, welche auch immer es seien, angehen sollten, weiß der Teufel.

Allerdings ist einzuräumen, dass sich die Verhältnisse unter den Bedingungen des weltweit herrschenden *Geldsozialismus* und dadurch global verzerrter Märkten, etwas komplizierter darstellen. Von „freien Märkten“ oder einer „liberalen Marktwirtschaft“ kann nämlich weltweit keine Rede sein. Immerhin werden die „Gleitmittel der Ökonomie“, Geldmenge und Zinsen, von den ohne Rücksicht auf den Markt agierenden Zentralbanken nach Belieben manipuliert, was primär den Interessen von Regierungen und Finanzindustrie dient und damit nicht selten im Gegensatz zu den Wünschen der Bürger steht. Geld wird von Banken aus dem Nichts geschöpft und gegen Zinsen verliehen, die eben *nicht* das Ergebnis von Entscheidungen frei und unabhängig agierender Marktakteure, sondern die Folge willkürlicher politischer Entscheidungen bilden. Die Existenz von Zentralbanken und einem staatlich manipulierten Geldwesen, ist mit einer Marktwirtschaft ohne Adjektive schlicht unvereinbar. Wer begriffen hat, dass es unsinnig ist, die Preise für Brot, Milch, Unterhosen und Rasierklingen hoheitlich und strafbewehrt zu regeln, wird schwerlich gute Argumente dafür finden, warum der Preis für das Geld (der Zins) vom Machtmonopolisten willkürlich festgesetzt werden sollte.

Dadurch geht nämlich das wichtigste Marktsignal, eben der *Preis* (in diesem Fall der des Geldes) verloren, bzw. kann völlig falsche Signale senden. Ein hoher Preis signalisiert in einem nicht politisch manipulierten Markt Knappheit. Ein niedriger Preis dagegen Überfluss. Die Vorstellung, man könne durch Verbilligung des Geldpreises mittels Ausweitung der Geld- und Kreditmenge (der keinerlei zusätzliche Realwerte gegenüberstehen) Wohlstand schaffen, ist derart absurd, dass ihre Langlebigkeit erstaunt. Wird also nun durch eine künstlich aufgeblähte Geldmenge und mittels hoheitlich verordneter Zinssätze der Eindruck eines monetären Überflusses erweckt, kann das zu dramatischen Fehlentscheidungen der Marktakteure führen – und tut es auch regelmäßig. Werden einerseits private Haushalte zu Konsumententscheidungen verführt, die ihre Möglichkeiten unter normalen Bedingungen übersteigen, so werden andererseits Unternehmen zu Fehlinvestitionen verleitet.

Im ersten Fall hat das Privatkonkurse zur Folge, wenn die Zinsen wieder steigen und etwa die fälligen Hypothekenraten nicht mehr bedient werden können. Im zweiten Fall bleibt das Unternehmen auf „gestrandeten Kosten“ (Fehlinvestitionen) sitzen und erleidet Verluste, die bis zu Insolvenz führen können.

Während aber der Untergang einzelner Unternehmen in einer funktionierenden Marktwirtschaft völlig normal ist - es handelt sich dabei um ein Phänomen, das von Josef Schumpeter „schöpferische Zerstörung“ genannt wurde (immerhin wird dadurch der Weg für neue Entrepreneure frei), kommt es in manipulierten Ökonomien zu zyklisch auftretenden Pleitewellen, da viele Betriebe zur selben Zeit denselben Irrtümern erliegen und daran scheitern. Der deutsche Ökonom Guido Hülsmann spricht in diesem Zusammenhang von einem „*Cluster of Errors*“. Das Phänomen des branchenübergreifenden Kulturzyklus war und ist daher stets das Ergebnis politischer Interventionen in die Wirtschaft – welcher Natur auch immer sie sein mögen.

Ein bedingungsloses Eintreten für den Freihandel (nicht für Handelsabkommen, die stets nur ausgewählten Interessen dienen), ist unter den derzeit herrschenden Bedingungen daher problematisch. Da kein Wirtschaftsakteur seine Entscheidungen unabhängig von politischen Machtstrukturen treffen kann, ist „Freihandel“, der tatsächlich jedem daran beteiligten nutzen würde, derzeit wohl nicht mehr als ein schöner Traum.

a.toegel@atomed.at